

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Wolfsbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Verfassungen  
französisch, deutsch  
Gemeinschaftliche Briefe  
nach der Schweiz lassen  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Abonnement's  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
Voraus zahlbaren  
Bierteljahrespreisen von  
Fr 2 — für die Schweiz (Arztband)  
Fr 3 — für Deutschland (Arztband)  
Fr 1,70 für Oesterreich (Arztband)  
Fr 2,50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Arztband)

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Inserate  
die derzeitige Preisliste  
25 Cts. — 20 Pfg.

Nr 2.

Donnerstag, 8. Januar

1885

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“  
Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen  
Verhältnisse sich alle Jahre ändern, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns  
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und  
kann keine Verantwortlichkeit bestritten werden, die Briefmarken über den nachrichtlichen Absender und Empfänger, sowie den Inhalt  
der Sendungen zu löschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptverpflichtung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten  
als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedingte  
Körperschaft außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß  
auch möglichst unverständliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich beiderlei größter  
Sorgfältigkeit. Ferner an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegen-  
stehenden Schwierigkeiten unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Zur Dampfersubvention.

Allseitig wird zugestanden, daß es sich bei der Dampfersubvention nicht um eine Prinzipienfrage im strengen Sinne des Wortes handle. Die verschiedenen Parteien des Reichstags, mit Ausnahme der rein gouv. Parteien, die nach Beschluß abstimmen, haben deshalb auch sämtlich ihren Mitgliedern die Abstimmung freigegeben, das heißt Jedem erlaubt, so zu stimmen, wie er für gut hält.

Wie unseren Lesern bekannt, hat die sozialdemokratische Fraktion einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Dieser Beschluß hat nun unter den Genossen des In- und Auslandes ein gewisses Aufsehen erregt und eine sehr verschiedenartige Beurteilung gefunden. Hier und da hat man sogar eine Verletzung der Kopenhagener Kongressresolution, welcher der Fraktion in allen Prinzipienfragen geschlossene Abstimmung zur Pflicht macht, in jenem Beschlusse zu erblicken geglaubt. Allerdings mit Unrecht, denn — was schon bemerkt — um eine Prinzipienfrage im strengeren Sinn des Wortes handelt es sich hier nicht.

Wir halten es unter gewöhnlichen Verhältnissen aus taktischen Gründen nicht für zweckmäßig, daß derartige Beschlüsse vor der Ausführung im Parteiorgan diskutiert werden. Allein im vorliegenden Fall liegt zwischen dem Beschluß und der Ausführung ein so großer Zeitraum, daß unbeschadet der Parteiinteressen eine öffentliche Besprechung, vorausgesetzt, daß sie ganz sachlich ist, nichts schaden kann. Und sachlich werden wir sein. Ja eigentlich bloß referierend.

Zunächst sei konstatiert, daß gerade gegen die getheilte Abstimmung sich besonders ernste Bedenken erheben: wo bleibe da, fragt man, die getheilte Einheit der Partei? Und man erinnert an den üblen Eindruck, den seinerzeit das getheilte Abstimmen gelegentlich der Schutzölle hervorbrachte.

Es ist das ein Punkt, der auch von den Abgeordneten sicher wohl erwogen worden ist und wohl auch noch erwogen werden wird.

Ferner wird geltend gemacht, daß die Dampfersubvention ja ein Stück Bismarck'scher Sozialreform sei, und die Partei mindestens ebensoviel Gründe habe, gegen dieses Stück Sozialreform zu stimmen, wie weiland gegen das Krankenversicherungsgesetz und gegen das Unfallversicherungsgesetz. Durch die „Staatshilfe“ dürfe man sich nicht blenden lassen, denn es sei ja bloß Staatshilfe für die Reichen, denen sowieso genug und zuviel Staatshilfe zufließt.

Wir wollen dies nicht näher erörtern, denn das ist gerade der streitige Punkt. Daß der Löwenanteil der bestehenden Klasse zugeordnet ist, das wird gewiß von keinem unserer Abgeordneten in Zweifel gezogen, allein manche sind der Ansicht, dem Handel und der Industrie, und damit indirekt auch den Arbeitern, würden durch die Dampfersubvention Vorteile verschafft, die nicht von der Hand zu weisen seien.

Erwähnt sei hier, daß die Abgeordneten, welche sich der Vorlage gegenüber nicht a limine — von vornherein — ablehnend verhalten, keineswegs an eine unbedingte Gutheißung und Bewilligung denken, sondern ihre Zustimmung erst von Garantien abhängig machen, welche die Regierung sowohl in politischer als in ökonomischer Beziehung zu geben hat.

Und das bringt uns zu einem Vorschlag, welchen einer unserer bewährtesten und kompetentesten Parteigenossen macht — ein Vorschlag, der vielleicht zu einer Verständigung innerhalb der Fraktion führen könnte.

„Will“, so schreibt unser Genosse, „will die Fraktion sich nicht einfach ablehnend verhalten, so kann sie nach meiner Meinung zu dieser Staatshilfe für die Bourgeoisie, die möglichsterweise (was freilich erst zu beweisen) den Arbeitern indirekt zu Gute kommen kann, nur dann ihre Einwilligung geben, wenn ebensolche Staatshilfe für die Arbeiter zugesichert wird. Gebt Ihr uns 4—5 Millionen jährlich für Arbeitergenossenschaften (nicht Voranschlag, sondern Schenkung, wie für die Aheider), dann lassen wir mit uns reden. Gebt Ihr uns Garantien, daß in Preußen die Domänen statt an Großpächter oder an Bauern, die ohne Tagelöhnerarbeit existenzunfähig sind, an Arbeitergenossenschaften ausgepachtet werden sollen, daß öffentliche Arbeiten an Arbeitergenossenschaften statt an Kapitalisten vergeben werden, gut, wir wollen ein Uebriges thun. Wenn nicht, nicht.“

Wenn die Fraktion solche Vorschläge macht, wofür natürlich die richtige Form gefunden werden muß, dann wird Niemand den sozialdemokratischen Abgeordneten vorwerfen können, sie vernachlässigten über der Zukunft die gegenwärtigen Bedürfnisse der Arbeiter.“

Wir glauben, daß es ein sehr beachtenswerther und sehr praktischer Vorschlag.

### Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Von Splitter und Balken.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ brachte vor einigen Tagen einen aus Bayern datirten Artikel, der sich mit der Frage beschäftigte, wie dem notorischen Uebelthäter abgeholfen werden könne, daß der kleine Mann seine Lebensmittel viel theurer bezahlen muß, als ihr eigentlicher Marktpreis beträgt. Höchst charakteristisch Weise erblickt das Leitorgan Bismarck's den Fehler darin, daß es an einem Geldstück mangelt, welches den Bruchtheil eines Pfennigs darstellt.

Der heutigen Geldmährung in Deutschland, meint der Einsender, „fehlt es an einer Geldsorte, durch welche die Werthe derjenigen Unterabteilungen der Waare, nach denen die nothwendigsten Lebensmittel von den ärmeren Klassen gekauft zu werden pflegen, zu einem genauem Ausdruck gebracht werden könnten, und die Folge davon ist, daß diese Unterabteilungen, wie z. B. das Quart oder der fünfte Theil eines Pfundes von dem Konsumenten über ihren Werth bezahlt werden müssen. Das Alter Bier kostet 22 Pfennige, das Quart mischt hiernach 5 1/2 Pf. kosten. Da die Summe nicht darstellbar ist, so rundet der Bierhändler sie nach oben zu ab auf 6 Pf. und der Konsument eines Quart mischt also 1/2 Pf. zu viel bezahlt. Das Pfund Rindfleisch gilt 56 Pf.; für 1/2 Pfund muß der Käufer aber 12 Pf. zahlen, also 1/2 Pf. zu viel. Dasselbe wiederholt sich bei allen übrigen Konsumtionsartikeln. Die Theile sind zusammengenommen theurer als das Ganze, weil es an einer entsprechenden Scheidemünze fehlt, wie Bayern sie früher in dem Heller besaß.“

Dazu bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine“: „Welch“ weittragende Bedeutung dieser Mangel für die Arbeiter und den kleinen Mittelstand hat, zeigt eine Berechnung, welche ein mit den ökonomischen Verhältnissen der ärmeren Klassen vertrauter Beamter auf Grund monatlicher Beobachtungen und Nachfragen angefertigt hat. In den verschiedenen von Arbeitern besetzten Dörfern sowie in den Wirtschaften der Brauereien in München werden im Laufe eines Tages bis zu dreihundertmal ein oder drei Quart“ getrunken, beziehungsweise über die Gasse geholt. Das ergibt einen Verlust von ebensoviel halben Pfennigen auf das Quart zum Schaden der Konsumenten. Der Verlust, den die ärmeren Klassen auf diese Weise beim Einkauf der einzelnen Lebensmittel zusammen erleiden, beläuft sich nach der oben erwähnten Rechnung auf mindestens 20 Mark im Jahr pro Kopf. Schätz man nun den Bestand dieser Klassen in ganz Deutschland auf 30 Millionen, so ergibt sich ein Verlust von 600 Millionen Mark jährlich. Diese 600 Millionen fließen heute in die Tasche des Zwischenhändlers. Bedenkt man, daß der Gewinn des letzteren schon ein sehr hoher ist, wenn man denselben nach den im Zwischenhandel für die ganzen Waare üblichen Preisen berechnet, so scheint die Frage der Wiedereinführung des Hellers, durch welche jene 600 Millionen für den armen Mann erspart werden würden, einer gründlichen Erwägung wohl werth zu sein.“

Das klingt sehr plausibel, und zweifelsohne wandert so mancher Pfennig aus der Tasche des armen Mannes in die Tasche des Krämers, weil es keine halben Pfennige gibt; und noch schlimmer ergreift es dem armen Mann an verschiedenen Orten in Norddeutschland, wo nicht nach Pfennigen, sondern nach Fünfpfennigstücken abgerundet wird, ähnlich wie in Paris nach Sous (gleich 4 Pfennigen). Aber keineswegs ist der Schaden so groß, wie die „Norddeutsche“ ihn hinstellt, und wer da meinen sollte, daß die Einführung des Hellers dem armen Mann eine Ausgabe von 20 Mark pro Jahr (für die fünfpfennige Familie also 100 Mark) ersparen werde, der dürfte sich gewaltig täuschen. Die „Norddeutsche“ sieht wohl den Splitter im Auge des Zwischenhändlers, der dem armen Mann einige Unannehmlichkeiten verursacht, nicht aber den Balken, der ihn erdrückt.

Ob Heller oder Pfennig, ob Sou oder Penny, immer wird der Proletariat seine Lebensmittel, wie seinen Unterhalt überhaupt, zu theuer bezahlen.

Das liegt im Wesen der ganzen modernen Gesellschaft begründet. Ehe wir darauf näher eingehen, wollen wir noch der „Deutschen Freiheit“-Korrespondenz das Wort geben, welche dem Kanzlerorgan aus dessen eigenen Argumenten einen recht niedlichen Strich dreht. Sie schreibt nämlich:

„Das offiziöse Blatt hat den Gegnern der Besteuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse ein besseres Verordnungsverfahren ihres Standpunktes geliefert, als es selbst zu ahnen scheint. Zunächst ist es bemerkenswerth, daß endlich einmal an dieser Stelle anerkannt wird, zu welcher schweren Belastung sich ein Kufflag von halben oder viertel Pfennigen zumirren kann, wenn er auf die unentbehrlichen Artikel des täglichen Bedarfs fällt. Bisher ist gerade von dieser Seite immer hartnäckig die Anschauung verfochten worden, daß kleine Zuschläge solcher Art der Konsument überhaupt nicht fühle, und gerade darum indirekte Steuern weit leichter getragen würden als direkte Steuern. Bei den in deutschen Reich für fünf Jahren eingeführten Zölle handelt es sich nicht allein um eine Besteuerung mit Bruchtheilen von Pfennigen, sondern durchweg um eine Besteuerung mit mehreren ganzen Pfennigen; die Berechnung der darin liegenden jährlichen Steuerlast für eine Arbeiterfamilie hat also noch eine weit größere Berechnung, als die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angelegte Berechnung der aus der Abrundung resultirenden Belastung der vorzugsweise auf den Einkauf in sehr kleinen Quantitäten angewiesenen Volksschichten. Außerdem aber liegt in den Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Zugeständniß, daß der Detailhandel die Normirung der Verkaufspreise gerade gegenüber den ärmeren Konsumenten zu seinen Gunsten durchzuführen die Kraft hat. Man kann dann aber nicht auch nothwendig annehmen, daß derselbe Detailhandel die in den Zölle liegende Besteuerung, welche vom Großhandel ihm zugeschoben wird, nun seinerseits in vollem

Umfange auf die Käufer abwälzen wird, ja sogar wiederum mit einer Abrundung auf ganze Pfennige bei den kleinsten Einkäufen? In diesem Falle, wo die „Nordd. Allg. Ztg.“ einmal das Interesse der Konsumenten wahrzunehmen bestrebt ist, stellt sie sich somit genau auf denselben Boden, auf welchem von jeher alle diejenigen stehen, welche entschlossene Gegner der Zölle auf nothwendige Lebensmittel sind.“

Sehr treffend, und wir sind gespannt, zu sehen, wie es das Kanzlerorgan antworten wird, um sich aus der selbst gedrehten Schlinge herauszuwinden. Mit vollem Recht führt nämlich die Freiheitsskorrespondenz weiter aus, daß die von der „Nordd. Allgemeinen“ geltend gemachten Gesichtspunkte die Sache keineswegs erschöpfen. „Im Kleinhandel wie im Großhandel“, sagt sie, „wird der Einkauf der Waare nach stets um so ungünstiger sein, je kleiner das gekaufte Quantum ist. Beim Einkauf von fünf Pfund wird z. B. fast überall im Detailhandel ein ansehnlicher Rabatt auf den Pfundpreis bewilligt, und ein ähnliches Verhältniß wird wohl auch immer da Platz greifen, wo der Preis von Fünftel- und Zehntel-Pfunden mit dem Preis für ganze Pfunde verglichen wird.“ Der Mangel einer kleineren Münze als der Pfennig spielt dabei in vielen Theilen Deutschlands gar keine Rolle. Was noth thue — und nun kommt die schwache Seite der Freiheitler zum Vorschein — sei vielmehr die Einsicht in den Werth eines werthvolleren Einkaufs, als es der Einkauf in den allerkleinsten Quantitäten ist.“

Diese Einsicht, verehrt Herr Brömmler, ist bei Tausenden und Aber-tausenden von Proletariern längst vorhanden, und doch kaufen sie in den „allerkleinsten Quantitäten“ ein, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil sie es müssen. Um im Großen — fünfpfundweise — einzukaufen zu können, dazu gehört nicht nur die Einsicht, daß man dabei ansehnlichen Rabatt erhält, sondern vor Allem das nöthige Geld. Und das Geheimniß, wie man bei einem Lohn von 2—3 Mark pro Tag in die Lage kommt, seine Einkäufe en gros zu besorgen, bleibt erst noch zu entdecken.

Der Proletarier ist bei seinen Einkäufen auf den Krämer, den Zwischenhändler angewiesen, und dieser „will auch leben“. Er schlägt bei allem, was er im Detail verkauft, etwas auf. Daran hindert ihn die Existenz des halben oder, wenn die „Norddeutsche“ will, des Zehntel-Pfennigs nicht im Geringsten. Und kann er sich nicht an dem Preis helfen, so knappt er an dem Gewicht ab. Arme Leute pflegen sich in der Regel keine Waage zum Nachwiegen zu halten, und bei den kleinen Quantitäten fallen auch die Gewichtsdifferenzen viel weniger auf als beim Großhandel.

Es ist eine alte Geschichte: der Proletarier wird heute in jeder Form ausgebeutet. Nicht nur daß er für seine Arbeit mit einem Jammerlohn abgefertigt wird, er kauft auch im Verhältniß viel theurer als der Bourgeois — und viel schlechter.

Will man sich davon überzeugen, so vergleiche man einen Bedarfsartikel, dessen Nothwendigkeit Niemand bestreiten wird: die Wohnungen!

Wie theuer muß der moderne Proletarier die Häuser bezahlen, in denen er mit den Seinen haust! Aus Proletarierwohnungen wird der größte Gewinn herausgeschert, ihr Preis ist im Verhältniß mindestens eben so hoch als der der Luxuswohnungen der Großen und gewisser besonders rentirender Geschäftskolale. Der Krug gibt die besseren Fleischstücke überhaupt nicht in kleinen Quantitäten ab, der Arbeiter erhält das jähliche, am wenigsten Nahrungsmittel enthaltende Stück. Eine ganze Armee von Zwischenhändlern lebt von der Ueberschneidung der Arbeiter — freilich sind auch diese Zwischenhändler selbst oft in nicht besserer Lage als ihre Kunden.

Liberaler Blätter haben in dem Artikel der „Norddeutschen“ einen neuen Angriff auf den Zwischenhandel erblicken wollen. Nun, dazu braucht es der „Norddeutschen“ nicht. Was gegen die Ausbeutung durch den Zwischenhandel gesagt werden konnte und gesagt werden kann, das ist von sozialistischer Seite längst gesagt worden. Die Krüge, ihn „moralisch“ zu vernichten, hätte sich die „Norddeutsche“ sparen können, wenn sie nicht zugleich das Mittel in der Tasche hat, Besseres an seine Stelle zu setzen.

Dergleichen liegt der Haken oder, um bei unserem Eingangs gebrauchten Vergleich zu bleiben, hier kommen wir auf den Balken zu reden, den die „Norddeutsche“ nicht sieht und nicht sehen will. Der Zwischenhandel ist so eng mit der heutigen Produktionsweise verwachsen, daß jeder ernste Angriff auf ihn naturgemäß bei der Produktionsweise selbst enden muß. Der einzige Versuch, den Zwischenhandel zu beseitigen, ohne an der heutigen Produktionsweise zu rütteln, sind die von der „Norddeutschen Allgemeinen“ so oft bespotteten — Konsumvereine.

Nun, die Konsumvereine haben hier und da gewiß ganz nützlich gewirkt, und der Gedanke, der ihnen zu Grunde liegt, ist an sich zweifellos ohne ein ganz gefunder, aber die Erwartungen, welche ihre Beschwörer an sie geknüpft, haben sie nicht erfüllt und können sie unter der heutigen Produktionsweise nicht erfüllen. Das ist allgemein zugestandene Thatfache.

Dagegen sind Konsumvereine schon vielfach Mittel, die Ausbeutung des Arbeiters noch zu steigern, seine Lage noch zu verschlechtern. Wir erinnern nur an die Kohlenarbeiterkreise in Böhmen, die sich gegen diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ wendeten. Mittels der Konsumvereine wurden die modernen Lohnsklaven doppelt gewacht.

Wir mögen die Uebelthäter, unter denen die Arbeiter leiden, anpacken, wo wir wollen, immer finden wir, wenn wir der Sache auf den Grund gehen, schließlich den Kern des Uebels in der heutigen Produktionsweise. Will sie auf der Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten beruht, weil sie die sogenannte freie Konkurrenz voraussetzt, deren Vortheile man nicht haben kann, ohne ihre Schattenseiten in den Kauf zu nehmen, darum wird und muß bei ihr der Hebel angelegt werden, wenn man dem Rothstand der Arbeiter ernsthaft auf den Leib rücken will. Will die Pfennigfucherei der Krämer und schließlich der Splitter vom Balken, der heute auf den Schultern der Arbeiter lastet, ja sie wären ohne diesen Balken gar nicht vorhanden. In einer Gesellschaft, in der nicht für den Profit produziert wird, sondern zur Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, ist eine Ausbeutung durch den Handel von selbst ausgeschlossen, weil es ohne Profit keinen Handel gibt.

Will die „Norddeutsche Allgemeine“ der Ausbeutung des Arbeiters durch den Zwischenhandel ein Ende machen, so erkläre sie dem Profit den Krieg, aber dem Profit in jeder Gestalt. Mit ihren leeren Deklamationen und ihren Münzfünftelchen erregt sie nur ein mitleidiges Achselzucken.

Das sind nur Finten, um die Augen von dem Stern des Uebels abzulenken und die Leute glauben zu machen, es geschieht etwas, während in Wahrheit nichts geschieht.

\*) 1 Quart = 1 Viertel-Liter. Und was die drei Quart betrifft, so ist zu bemerken, daß die Arbeiter in München (und in Südbayern überhaupt) deshalb drei Quart verlangen, weil sie mit der in den Brauereien üblichen Zugabe („Wassergeschme“) für 18 Pf. eben einen Liter Bier erhalten.



# Ein Manifest an die österreichischen Arbeiter.

Der nachfolgende Aufruf geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu, der wir um so lieber nachkommen, als derselbe in kurzen Umrissen die Situation unserer Genossen in Oesterreich-Ungarn, wie sie sich im gegenwärtigen Moment ergibt, kennzeichnet:

## „An das arbeitende Volk in Oesterreich-Ungarn! Genossen!“

Der Gang der politischen Ereignisse in Oesterreich-Ungarn legt uns mehr als je die Pflicht auf, an eurer Seite in die Kampfbühne einzutreten. Wir thun dies aus eigenem Antriebe und unter eigener Verantwortung, nur ermuthigt durch die zahlreichen Sympathieumgebungen, die uns in jüngster Zeit aus eurer Mitte zugekommen sind.

Wir sind keine Verschwörer. Unsere Stellung im Ausland und die Rücksichten auf die französische Gastfreundschaft vereinfachen unsere Aufgabe. Wir beschränken uns darauf, das Lügengewebe zu zerreißen, welches die wirthliche Situation Oesterreich-Ungarns verhüllt. Wir sagen, was ist!

Der Hauptfeind, gegen den wir derzeit unsere Kräfte konzentriren müssen, ihr habt ihn in euren letzten Aufruf an die Genossen bezeichnet: es die Koalition von Feudal-Aristokraten, Junkern und Antisemiten. Begünstigt durch die in Oesterreich-Ungarn bestehenden Gegensätze, durch den Zerfall der liberalen Partei und die Spaltung unter den Arbeitern hat diese Koalition die Macht an sich gerissen und bietet nun Alles auf, das Fortschreiten der demokratischen Bewegung aufzuhalten.

Die Ergebnisse dieser Bemühungen sind besonders im abgelaufenen Jahre hervorgetreten. Wir haben die reaktionären Allianzen an der Arbeit gesehen. Wir haben gesehen, wie ihre Pfaffen von der Fürsorge für das Kleinvermögen und die Arbeiter sich als Heuchler, ihre Tiraden gegen die Korruption als Schwindel erwiesen haben. Der Arbeitsdruck ist verschärft; die gesetzliche Fixirung der Arbeitszeit mit Bestimmungen umgeben worden, welche den Werth des Gesetzes illusorisch machen. 22 Gewerbe wurden von der behördlichen Genehmigung abhängig gemacht, und der liberal-antisemitische Gewerbetag in Brunn hat weitere Versuche in Aussicht gestellt, die wirthschaftliche Entwicklung zurückzuschrauben. Ein eklatanter Beleg für die geistige Verjüngung des reaktionären Trostes!

Nicht minder bezeichnend ist einer der letzten Akte der Parlaments-Majorität. Die sozialen Ursachen der Ueberlegenheit des feudalen Elements in Böden sind vermehrt worden durch die Vergrößerung des untheilbaren Grundbesitzes, und zwar mit Rücksicht auf eine einzelne Familie!

Aber alle diese Vorgänge wurden in den Schatten gestellt durch die tief traurige Thatsache, daß die Judenherde nirgends größere Dimensionen angenommen hat als in Oesterreich-Ungarn, wo selbst die Reichshauptstadt, dieser natürliche Mittelpunkt der Intelligenz und der freirechtlichen Bestrebungen, ihrem Einflusse zu erliegen scheint.

Diese Partei, welche die anarchischen Bestrebungen begünstigt, um die Einheit und Macht der Kämpfer für die politische und soziale Emanzipation der arbeitenden Klassen zu brechen, dieselbe Partei, der wir nachgewiesen, daß sie in Oesterreich die sogenannte „Propaganda der Zucht“ einleitet, deren hochpriesterliche Vertreter mit den intellektuellen Ueberbarn von Raubmorden konventuell gehalten, dieselbe Partei schützte heute den Hasshaß, den religiösen Fanatismus, um die allgemeine soziale Unzufriedenheit in falsche Bahnen zu lenken und die öffentliche Meinung irreführen zu lassen.

Die Folgen dieser Hege haben sich bereits fühlbar gemacht. In jener Reichshauptstadt, wo das gute Einvernehmen zwischen Richtern und Polizeibeamten mit Dienen und Straßentrüben a m l i c h festgesetzt wurde, sind arme jüdische Proletarier in der grausamsten Weise mißhandelt worden.

Das sind die Mittel, mit denen man vergessen machen will, daß dem reaktionären Druck die Schuld zufällt, wenn in Oesterreich-Ungarn die wirthschaftliche Zerrüttung geller hervortritt als anderwärts, daß die Sünden des reaktionären Regimes eine Finanzanlage geschaffen, welche die Regelung der Saluta unmöglich macht und das Reich zur politischen und ökonomischen Abhängigkeit verurtheilt, daß die rapide Zunahme der Steuererhebungen, welche in Ungarn oft mit militärischer Axtion erfolglos, auf die Erschöpfung der Steuerkraft des Volkes hinweist!

In vollem Einklange mit dem Stande der Dinge auf dem Gebiete der inneren Politik stehen die Pläne der herrschenden Partei in Bezug auf die äußere Politik.

In der letzten Session der Delegationen, anlässlich der Debatte über die Dreifacher-Entree, rühmte sich der Berichterstatter der Parlaments-Majorität, Baron Hübn er, daß die Regierung jene Ideen akzeptirt habe, denen er schon vor einigen Jahren im Parlamente Ausdruck gegeben. Was war nun der Inhalt dieser Ideen? Baron Hübn er hatte angeführt, daß in den Balkanländern sich verschärfenden Interessengegensätzen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn den intimsten Gedanken seiner Partei in folgenden Worten Ausdruck gegeben:

„Nicht gegen Rußland dürfen wir uns wenden. Es gibt nur einen dunklen Horizont am politischen Himmel, und das ist die französische Republik. In ihrer Vernichtung muß das konföderative Europa sich koaliren. Der „britische Löwe“, der „Wassendruher von Waterloo“, wird einem solchen Bunde als natürlicher Alliirter beitreten.“

Baron Hübn er erntete damals eine stürmische Ovation, und wenn es auf seine Partei ankäme, die ja auch nie aufgehört hat, im päpstlichen Interesse gegen Italien zu konspiriren, so würden die österreichischen Truppen noch einmal als Söldner Englands für dessen ökonomische Uebermacht ihr Blut vergießen. Der Dank für diese Bereitwilligkeit wird nicht ausbleiben. Am dem Tage, wo Oesterreich-Ungarn dazu schreiten

sollte, die kostspielige böhmische Oskupation in einer dem englischen Handel unbenommenen Weise auszunutzen, wird der „britische Löwe“ sein „Hand weg!“ energischer denn je vernehmen lassen.

Dieser Situation gegenüber müssen die Genossen jede Gelegenheit ergreifen, um den Widerstand gegen die reaktionären Parteien zu organisiren und das Volk über seine wahren Interessen aufzuklären.

Der stärkste Feind der Reaktion ist die indifferente, mit Vorurtheilen aller Art erfüllte Masse, der für den gewaltigen sozialen Umwandlungsprozess, in dem wir leben, noch jedes Verständnis fehlt. Die anarchische Agitation, weit davon entfernt, ein Verbot für die Unterdrückten zu sein, hat die Massen noch mehr eingeschüchtert und sie momentan der Partei der sozialen Reform, d. i. der organischen sozialen Umgestaltung, entfremdet. Es ist daher auch kein Zufall, wenn ehemalige anarchische Wortführer sich heute im Lager der Junker und Antisemiten, also unter der Protektion der Regierung, befinden, während ihre Opfer zu den härtesten Strafen verurtheilt wurden.

Von den Wahlen des nächsten Jahres hofft die Regierung eine neue Bestätigung ihres Triumphes. Das bestehende monströse System der Wahlkörper, der Wahl nach Ständen, muß selbstverständlich den privilegierten Klassen auch diesmal die Herrschaft sichern. Die Verabsicherung des Zensus in einem der Wahlkörper geschah nur in der Absicht, die Zahl der reaktionären Wähler zu vermehren, nachdem eben ein großer Theil der Kleinvermögendlichen sich den Junkern und Antisemiten angeschlossen hatte.

Indessen gibt es auch in unseren Reihen Stimmberechtigte, und diese haben die Pflicht, in den Wahlkampf einzutreten, sei es auch nur zu agitatorischen Zwecken.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß unsere Partei in der That die Partei aller Nothleidenden und Ausgebeuteten ist, mögen sie nun Arbeiter oder Kleinvermögendliche sein, mögen sie in Bergwerken und Fabriken oder bei den Eisenbahn-Kompanien thätig sein, mögen sie der Staatsverwaltung oder der Armee angehören. Die industriellen Arbeiter sind aber ihrer Stellung nach berufen, in dem großen sozialen Emanzipationskampfe die Avantgarde zu bilden. Auch muß immer wieder auf's Neue betont werden, daß die Berarmung des Volkes, die Abnahme seiner Konsumtionskraft, überhaupt die steigende Unsicherheit der Existenzen, Ergebnisse eines gesellschaftlichen Zustandes sind, der nicht durch reaktionäre Experimente, sondern nur durch eine Reihe von organischen, die gänzliche Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschafts-Organisation anbahnenden Einrichtungen beseitigt werden kann.

Die Voraussetzung solcher Reformen ist die freie Mitwirkung der Arbeiterklasse und die Ausbildung ihrer Organisationen, welche zugleich auch die wirksamsten Mittel sind, das Volk zur Selbstverwaltung zu ziehen.

Sollte unsere Partei auch nicht sofort einen eklatanten Erfolg erzielen, so darf uns dies nicht entmutigen. Die Reaktion wird sich in keinem Falle lange ihres Triumphes erfreuen. Denn das Wort des Historikers R i a n e t bleibt eine ewige Wahrheit:

„Wenn eine Revolution notwendig geworden, kann nichts sie verhindern, und Alles dient ihr.“

Uebrigens sehen wir die Symptome des tiefsten Fortschrittes, den die Revolution in den Ueberzeugungen macht. Mehr und mehr werden die Geister für die Annahme unserer Ideen vorbereitet. In D e u t s c h l a n d erklärt der Reichstagler die sozialdemokratische Agitation für ein nützliches Element, in F r a n k r e i c h fordert ein Minister die Präferenzen auf, die Vorurtheile der Arbeitgeber gegen die Gewerkschaften zu bekämpfen; in E n g l a n d bedroht der Premierminister das Haus der Lords mit der Wucht des Volksgewisses.

Auch für Oesterreich-Ungarn wird die Stunde kommen, die die elementare Kraft der revolutionären Strömung die Dämme der Reaktion niederreißt. Da der Eintritt dieses Ereignisses unter den obwaltenden Umständen von einer furchtbaren Katastrophe begleitet sein wird, ist es gut, schon jetzt die Verantwortlichkeit festzustellen.

lassen wir die Thatsachen sprechen.

Am 13. Dezember 1869 protestirten 30,000 Wiener Arbeiter in friedlicher Weise gegen die behördliche Verlesung des kaum gewährten, beschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes. Fast die gesamte Presse anerkannte die würdige Haltung der Arbeiter. Am anderen Tage richteten die Häupter des feudal-krisisellen Klubs, aus dessen Reihen jene Generale hervorgegangen sind, die im Jahre 1866 bei Wahl des Terrains für die böhmischen Schlachtfelder nur auf die Schonung ihres Grundbesitzes bedacht waren, eine Interpellation an die Regierung. Diese Interpellation tadelte die Regierung, daß sie die friedliche Manifestation nicht durch die bewaffnete Macht zertrümmert habe.

Wir verlangten unaufhörlich das allgemeine Stimmrecht; die Repräsentanten jener Klasse, deren Entartung sich täglich in sensationeller Weise dokumentirt, antworteten: „Ihr seid nicht reif dafür!“

Wir petitionirten um Befreiung des Zeitungsstempels und der Rautionen; die Regierung antwortete: „Wir brauchen das Geld!“

Woju? Zur Begrünzung der Verkorruption!

Wir forderten die Abschaffung des Leinenzollens, welches die Kerneisen beräubt und demoralisirt. Es besteht fort, damit immer neue Sinesaren für die müßigen und verschuldeten Mitglieder der privilegierten Klassen freit werden können.

Wir empfahlen die Einführung von Arbeiterkammern, die reaktionären Organe beriefen sich auf die Anarchisten, welche alle Reformen desavouiren.

Wir agitirten für Befreiung aller Monopole; die Regierung insinuirte eine Scheinopposition gegen das Privilegium der Nordbahn, um ihren Streben eine billige Popularität zu verschaffen.

Wir brandmarkten die allgemeine Korruption; Regierung und Parlament unterstützten sie und deuten die Hauptschuldigen in der Kaminski-Affäre.

den verzweifenden Handwerker oder Landmann zu ihm führen? Nein! Und das muß festgehalten werden. Man hüte sich, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Der Wucher als ökonomisches Uebel ist nicht die Ursache, sondern die Folge und Wirkung unetlicher ungelundener Wirthschaftsverhältnisse. Unter solchen Umständen vertheilt es sich von selbst, daß das mit solchem Trompetenschreier angekündigte Wucher-gesetz dem „kleinen Mann“ gar nichts genützt hat.

Als weiteres Wundermittel wurden dem Patienten „Jnnungen“ verschrieben.

Die Jnnungen sind nur verhäufte Jünste, und statt die traurige Wasserjuppe zu kritisiren, welche durch das Jnnungsgesetz dem nach Erldung hungerigen „kleinen Mann“ geboten wurde, wollen wir uns gleich mit der Kraustrübe beschäftigen, welche die Wunderdoktoren für den „Bruder Handwerker“ in potis haben.

„Seht,“ — so predigen sie dem Handwerker vor — „welche geachtete Stellung der Handwerker im Mittelalter einnahm, und seht, wie erbärmlich er jetzt dasteht! Woher dieser Wechsel? Woher die — übrige — vielfach überflüssige — Blüthe von damals und die Mißrede von heute? Wir wollen es Euch sagen. Im Mittelalter gab es noch keine Gewerbefreiheit; wer sich dem Handwerk widmete, mußte sich einer Korporation anschließen, etwas Tüchtiges lernen und konnte erst Meister werden, wenn er durch ein Meisterstück seine Befähigung nachgewiesen hatte. Diese korporative Organisation, verbunden mit dem Schutze gegen unbesugte und schlechte Arbeit, sicherte dem Handwerkerstand einen festen Absatz und (sagt den „goldenen Boden“, der sprichwörtlich ward. Da kam aber die böse Kreuzzeit mit ihren liberalen Ideen von freier Konkurrenz, und allmählig zerbröckelten die schönen Handwerkskorporationen, die Gewerbefreiheit wurde eingeführt — jeder Einzelne war nun auf sich allein angewiesen und in den Konkurrenzkampf mit seinen Kollegen geworfen. Statt sich gegenseitig zu unterstützen, suchte man sich gegenseitig nach Kräften zu schädigen, die Leistungen wurden schlechter, weil die Prüfung fehlte, und so mußte das Handwerk naturgemäß zurückkommen. Aus der Geschichte eures Niederganges könnt Ihr Handwerker den Weg der Rettung erkennen, er heißt: Rückkehr zu den S i n e r i c h t u n g e n, welchen das Handwerk seine Blüthe im Mittelalter verdankte. Nicht daß wir die Wiederherstellung der Jünste empfehlen wollten — bewahre! das Wort hat einen so schlimmen Klang! Aber Ihr müßt Euch wieder korporativ zusammenschließen, die Meister- und Gesellenprüfungen, die alte Lehrlingszucht u. s. w. einführen, und Ihr werdet gerettet sein!

So reden die Wunderdoktoren. Was sie über den früheren und jetzigen Stand der Handwerksverhältnisse sagen, ist ein jesuitisches Gemisch von Wahrem und Falschem.

Wir baten um Arbeiterkammergesetze; wir erhielten ein reaktionäres Gewerbegesetz und zur Krönung des Gebäudes eine Ausnahme-Berordnung, welche die behördliche Billür stabilisirt.

Das ist das Fazit der Politik der herrschenden Klassen in Oesterreich deren Stupidität um so schärfer hervortritt, als schon allein die allgemeine europäische Konstellation die österreichisch-ungarische Monarchie täglich einer tristen Krise nahe bringen kann.

Denken wir daher an alle Centralitäten! Bereiten wir uns vor! Der Zeitpunkt ist vielleicht nicht ferne, wo die Macht der Ereignisse die so lang verachteten Volksklassen auf die Bühne rufen wird. An diesem Tage werden wir uns erheben, nicht um unnütze Dinge und moralische Institutionen zu konferviren, sondern um eine neue, vom Geiste der menschlichen Solidarität getragene Ordnung der Dinge zu etabliren.

Der Oesterreichisch-Ungarische Arbeiterverein in Paris.

# Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 7. Januar 1885.

Der Jubel über die neue Ära, in welche das deutsche Reich mit der so genial eingefädelten Kolonialpolitik eingetreten ist, hat bedeutend nachgelassen, denn immer deutlicher zeigen sich bereits die Schattenzeiten des auf den ersten Blick so verlockenden Bildes. Es ist das deutsche Volk verfehlt, ist es mitten drin in den internationalen Verwicklungen, die, selbst wenn sie nicht zum Kriege führen, sehr fatale Folgen haben dürften. Nicht immer macht sich das Annehmen so leicht wie bei Angra Pequena und Kamerun. Die Amerikaner mehrere Inseln im Stillen Ozean haben z. B. in den australischen Kolonien sehr verschmüpft. Alles aber, was von der Ergebnisseit von „Neu-Brantien“ u. geschriben wird, ist Zukunftsmusik, während die deutsche Industrie heute ein sehr reales Interesse an einem freundschaftlichen Verhältnis mit den australischen Kolonien hat.

Obt man freilich die deutschen Schwoisinnen, so sollte man meinen, Deutschland sei bereits zu Wasser und zu Lande die erste Macht der Welt. Dem ist aber keineswegs so. England ist vorderhand noch die erste Seemacht und wird und muß Alles draussetzen, es zu bleiben. Das Bestreben, ihm da gleichzukommen, eröffnet die trostreiche Aussicht auf kolossale Mehrausgaben für die Marine.

Nun weiß man uns mit großer Empfindung auf die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit Frankreich hin, wie Bismarck es wieder so genial verstanden habe, einen Keil zwischen England und Frankreich zu treiben, so daß Ersteres schon mit Rücksicht auf die Rivalität Frankreichs keine ernsthaften Schritte unternehmen könne. Diesen Wieder-männern erlauben wir uns ganz einfach die Frage vorzulegen: Seht Ihr wirklich Frankreich so sicher?

Die „Allianz“ zwischen Frankreich und Deutschland ist für uns nicht einen Schuß Pulver werth. So gut die Franzosen — hier immer die herrschenden Klassen gemeint — heute mit Deutschland gegen England gehen, können sie morgen den Spieß umkehren, wenn sie dabei ihre Rechnung besser finden. Mögen unsere Nationalliberalen nur recht thätig auf England hetzen und dafür sorgen, daß sich Deutschland mit England gebrüderlich vertheilt, sie können dann eines Tages etwas erleben.

Weit mehr als irgendsonst gilt in der Politik das Wort: „Beim ersten Fund wir frei, beim zweiten sind wir Knechte.“ Sobald in der auswärtigen Politik einmal der erste Schritt auf der Bahn der Abenteuer geht, ist es mit der Rolle des „ehelichen Kalkers“ vorbei. Der Londoner „Economist“ hat ganz Recht: Deutschlands Macht beruht in der Konzentration seiner Kräfte, engagirt es sich in anderen Welttheilen, so hört es mit derselben auf.

Es genügt uns, die Situation gekennzeichnen zu haben. Mögen unsere Herren Staatslenker thun und lassen, was ihnen gutdünkt, wir Sozialisten danken dafür, ihnen die Verantwortung für ihr Thun und Handeln abzunehmen oder uns gar durch stillschweigende Billigung zu ihren Mitschuldigen zu machen.

8. Schwindel über Schwindel. „Die deutsche Nation“, so deklarirt man uns vor, „ist entrüftet über den Reichstagsbeschluss vom 15. Dezember des verflorenen Jahres.“ Und als Beweis dafür sollen die „Entrüstungsadressen“ dienen, die in den letzten Wochen gegen den Reich tag gepostet und an den „eisernen Kanzler“ geschickt worden sind, um ihm ein Pfäffchen auf die empfangene Wunde zu legen. Diese „Entrüstungsadressen“ haben bis jetzt ungefähr 200,000 Unterschriften erlangt, darunter eine große Anzahl von Beamten an Staatsbahnen u. von andern abhängigen Leuten, die thun müssen, was ihnen befohlen wird, wenn sie nicht außer Brod kommen wollen. Nun haben aber bei den allgemeinen Wahlen und den Stimmzählungen des vorigen Jahres die Regierungsparteien alle zusammen ungefähr zwei Millionen Stimmen gehabt, also zehnmal so viel, als die Zahl der Entrüstungsadressen beträgt. Was folgt hieraus? Entweder, daß die Anhänger der Bismarck'schen Politik binnen weniger Wochen auf ein Gehäufel reduziert worden sind, oder daß die ganze „Bewegung des Volksgewissens“ purer Schwindel ist. Und Schwindel in jeder Beziehung sind die Entrüstungsadressen denn auch wirklich. Auf Befehl von oben durch die Behörden gemacht, haben sie keinen andern Werth, als des eines Stadmeisters der Servilität. Und von diesem Gesichtspunkte aus beurtheilt, können wir sie allerdings als ein g ü n s t i g e s Zeichen der Zeit betrachten, indem sie uns zeigen, daß die Zahl der

# Feuilleton.

## Das Wahlmanifest der deutschen Sozialdemokratie zu den Wahlen vom 28. Oktober 1884.

(Fortsetzung.)

Sehen wir uns die verschiedenen Wundermittel an.

Zunächst Sch u h z ü l l e.

Nun — durch die Schuhzölle ist zwar einigert Großindustrie len geholfen worden, allein dem „kleinen Mann“ haben sie nicht geholfen. Im Gegentheil, dadurch daß sie dem Großkapitalisten zu Gut kommen und die Preise aller Lebensmittel in die Höhe treiben, haben sie die Lage des kleinen Mannes noch verschlechtert — den wirthschaftlichen Vernichtungsprozess, dem er ausgelegt ist, nur beschleunigt. Dann hat man den Wucher für den Kreditschaden erklärt, an welchem der „kleine Mann“ krankte, und durch ein strenges Gesetz gegen den Wucher ihm Heilung verschrieben. Das Gesetz ist richtig gemacht worden — was hat es genützt? Es ist Alles beim Alten geblieben und der Wucher dauert ungehindert fort. Natürlich. Es liegt in der Natur des Wuchers, daß er durch kein Gesetz erreicht werden kann. Er zieht seine Nahrung aus den heutigen Eigentums- und Produktionsverhältnissen und ist mit diesen organisch vermachelt. Der Arme hat keinen Kredit, weil er keine Bürgschaft bietet. Und wer Geld zu einem niedrigen Zinsfuß bekommen kann, borgt nicht zu einem höheren — das leuchtet ein. Was soll aber der thun, der keine dem Geldmann genügende Bürgschaft der Rückzahlung zu bieten vermag und folglich auch kein Geld zu niedrigem Zinsfuß bekommt? Er wird sofort insolvent oder er — geht zu einem Wucherer. Er hofft, gleich jedem schwer Kranken, auf irgend ein Mittel, das ihn noch retten werde, und im Glauben, daß Zeit gewonnen Alles gewonnen sei, zahlt er gerne die höchsten Wucherzinsen und ist dem Wucherer obendrein noch dankbar. Das Treiben des Wucherers soll von uns gewiß nicht beschönigt werden. Wir können uns kein niederrüchrigeres, egrloeres „Geschäft“ denken, als diese Ausbeutung der Noth und diese Kaspianänderung der Hilfsbedürftigen und Hülfesuchenden. Die Wucherer gleichen jenen „Hyänen des Schlachtfeldes“, welche die Leiden und Sterbenden berauben, dem Sterbenden unter Umständen noch den Snaadenstich geben. So plündert der Wucherer die Opfer aus, welche das Schlachtfeld des Konkurrenzkampfes bedecken. Aber ist dieser Plünderer der Toten und Sterbenden Schuld daran, daß es Todte und Sterbende gibt? Ist er Schuld an der Noth, die







Schreiben, resp. 10 Pf. zu geben. Ich will Ihnen später mehr von diesen Runden schreiben." Wir denken, schon das genügt!

— **Strasskolonien.** Es ist offiziell und offiziös gelungen worden, daß es bei der Gründung von deutschen Kolonien unter Anderem auch auf Strasskolonien abgesehen sei. Aus ganz zuverlässiger Quelle können wir aber mitteilen, daß die Reichsregierung, d. h. Kaiser Bismarck, trotzdem an Strasskolonien denkt, und also mit ihren Dementis offiziell und offiziös gelogen hat, — was freilich nichts Neues ist. Das Kolonialland, welches in Afrika und Neu-Guinea erworben, d. h. den Eingeborenen gestohlen worden ist, eignet sich nämlich nicht zur Kolonisation durch deutsche Ansiedler, die gleich ihren Todtschein hinnehmen müßten, dafür aber um so besser zu einer „trodenen Guillotine“. Und da Bismarck sich davon überzeugt hat, daß die bösen Sozialdemokraten niemals auf den Leim seiner „Sozialreform“ gehen werden, so will er die „soziale Frage“, deren Lösung den „modernen Debibus“ nicht gelungen ist, nach Afrika und Neu-Guinea exportieren oder deportieren. Die „unverbesserlichen“ Gegner seiner Politik, welche ihn an der Erfüllung seiner „Mission“ hindern, sollen den „Lumpen und Bagabunden“, die durch ihr bloßes Vorhandensein die Bismarck'sche „Sozialreform“ ad absurdum führen, der „trodenen Guillotine“ überliefert werden. Das ist radikal und „genial“. Ob es zur Verwirklichung der „genialen“ Idee kommt, das wissen wir allerdings nicht. Doch die „geniale“ Idee aber in dem Kopfe des „genialen“ Otto festhält, das wissen wir.

Wie übrigens die Sache verlaufen möge, Strasskolonien werden die Bismarck'schen Kolonien dem deutschen Reich ungewisshaft sein, denn sie werden ihm theuer zu stehen kommen, und er wird schwer für sie zu büßen haben. — Und natürlich Strasskolonien für sein eigenes Geld. Die 5,400,000 Mark erste Rate für die Dampfersubvention sind auch die erste Rate für die Bismarck'sche Strasskolonialpolitik. Nun, es ist nicht das erste Mal, daß „das deutsche Volk, das große Kind“, die Ruthe bezahlen muß, mit der sein hinterer Mensch bearbeitet wird.

— **Die Doppelwahlen.** Schreibt man uns, die uns in früheren Zeiten so verderblich waren, sind diesmal zu Doppelwahlen für die Partei geworden. Sowohl in Berlin als in Greiz haben wir die eroberten Kreise behauptet, und in Greiz sogar inmitten des reaktionären „Entrüstungs“-Kraus wegen des, auch von unseren Parteimitgliedern mitgeschickten Reichstagsbeschlusses vom 15. Dezember vorigen Jahres. Obgleich in Greiz weit heftiger gegen uns agitirt wurde, als am 28. Oktober, und obgleich tüchtig in patriotisch-chauninistischem Schwindel gemacht wurde, so haben wir doch genau unsere alte Stimmenzahl wieder erhalten, ohne daß die Gegner einen Stimmenzuwachs erlangt hätten. Das ist ein äußerst günstiges Resultat und beweist, daß Greiz jetzt zu unseren „festen“ Wahlkreisen gehört. Das Gleiche gilt von Berlin VL. Hier hat freilich formell ein Stimmentausch stattgefunden, jedoch einzig und allein, weil, in Ermangelung eines ernsthaften Kampfes, die Massen nicht in Fluß gekommen waren. Bei den gegnerischen Parteien war der Rückgang ein noch weit größerer, und auch der sechste Berliner Wahlkreis kann von nun an als ein fester betrachtet werden. So viel ist aber gewiss: ohne die für uns so außerordentlich günstige Stimmung, die den allgemeinen politischen und sozialen Verhältnissen zu danken ist und uns die Erfolge der letzten Reichstagswahlen eintrug, wäre dieser gute Ausfall der Doppelwahlen nicht wahrscheinlich gewesen. Jedenfalls sind die gewichtigen Argumente gegen die Stellensituationen und die dadurch herbeigeführte Möglichkeit von Doppelwahlen durch die Thatfache, daß wir in Folge der diesmaligen Doppelwahlen keine Niederlage erlitten haben, durchaus nicht entkräftet worden. Haben wir auch keine Niederlage erlitten, sondern im Gegentheil zwei Siege errungen, so waren diese beiden Wahlsiege doch an sich vollkommen überflüssig, und das Geld und die Arbeit, welche sie uns gekostet haben, hätten für die Partei nützlicher verwendet werden können.

— **Ein „Kufrucht“-Prozeß.** In Brandenburg standen am 23. Dezember zehn Arbeiter vor Gericht unter der Anklage, Landfriedensbruch, Kufrucht, Widerstand gegen die Staatsgewalt u. dgl. begangen zu haben. Es handelt sich um die, in Nr. 52 des „Sozialdemokrat“ in der Korrespondenz aus Westphalenland geschilderten Vorgänge nach der aufgelösten Versammlung der National-Liberalen vom 10. Oktober vorigen Jahres. Die Arbeiter hatten bei der in jener Versammlung herrschenden Unruhe die Worte des Vorsitzenden, daß die Abendversammlung eine geschlossene sein solle, überhört und blieben daher am Platze, bis die Militärpolizei intervenirte. Auch dieser fügten sich die Arbeiter nicht, sondern empfingen die Soldaten mit Steinwürfen. Die Angeklagten sollen sich dabei — nach der Anklage! — besonders ausgezeichnet haben.

Der Staatsanwalt, Herr von Stahl-Holstein, beantragte „im Namen der Ordnung“ strenge Bestrafung — bis zu fünf Jahre Gefängnis! Das Urtheil lautete: Schatzmacher Günther 1 1/2 Jahre Gefängnis, Brechtshneider Thiele 1 Jahr 2 Monate, Cigarrenarbeiter Wilhelm Thiele 1 Jahr, Zimmermann H. Fischer 10 Monate, Fabrikarbeiter Panten 9 Monate, Fabrikarbeiter Siegel 9 Monate, Fabrikarbeiter S. Fischer 7 Monate, Handschuhmacher Wählfeld 6 Monate, Ladner Weber 6 Monate.

Fünf der Angeklagten wurden je 2 Monate für Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Der Bitte Webers, ihm auf den erhaltenen Bazonettbrief etwas zu Gute zu halten, wurde keine Folge gegeben.

Weiteres über den Prozeß, sobald wir direkten Bericht haben. Für heute nur die eine Frage: Wie würde das Urtheil gelautet haben, wenn es sich nicht um infolge der fortgesetzten Polizeischikanen empörte Arbeiter gehandelt hätte, sondern um studierende Bourgeoisbuben, die sich einen „Kraus“ machen wollten, oder um „patriotisch-entrüstete“ Antisemiten?

### Korrespondenzen.

**Braunschweig, Mitte Dezember.** Die Wahl ist vorüber, und unser Kandidat, Genosse Bloss, ist als Sieger aus der Wahlurne hervorgegangen. Dieses Resultat wird unseren Genossen von Nah und Fern längst bekannt sein; doch halten wir es für unsere Pflicht, die wesentlichsten Begebenheiten aus dem Wahlkampf nachträglich in unserem Parteiorgan zu berichten. Wir hatten einen schweren Stand, der Kampf war ein außerordentlich heisser. Zudem hatten wir kurz vor der Wahl auch noch die Stadtverordneten-Wahlen, in denen wir gleichfalls in zwei Bezirken siegten. Den zweiten Kandidaten brachten wir erst in der Stichwahl durch, so daß wir jetzt demnach drei Genossen als Stadtverordnete in der städtischen Vertretung sitzen haben. Wenn wir also bei der Reichstagswahl ebenfalls siegt, so ist dieses der einmüthigen, planmäßigen und rastlosen Thätigkeit unserer Genossen zuzuschreiben.

Am 10. August wurde infolge des Verbotes einer öffentlichen Versammlung, welche von drei Bürgern einberufen war, und in der unser Genosse Bloss über das Unfallversicherungsgesetz referiren wollte, ein von Genossen Kolosky verfaßtes Flugblatt, betitelt: „Ein Wort an die Braunschweiger“, in 20,000 Exemplaren in Stadt und Land verbreitet. In demselben wurde die von der hiesigen Polizeibehörde seit Erlaß des Sozialversicherungsgesetzes beliebige Handhabung des Versammlungsrechtes einer derben Kritik unterzogen; dieses Flugblatt wurde den folgenden Tag verboten.

Als der Termin zur Reichstagswahl bekannt wurde, wurden alle noch notwendigen Vorbereitungen zum Wahlkampf getroffen. Wir hielten vor der Hauptwahl zwei allgemeine Wählerversammlungen ab, in denen Genosse Kolosky beide Male mit großem Beifall referirte. Kamenlich unterzog derselbe die Haltung der gegnerischen Parteien im Reichstage einer scharfen und gerechten Kritik, und empfahl am Schlusse den Anwesenden, nur unseren Kandidaten B. Bloss ihre Stimmen zu geben. Andere Redner brandmarkten die Handlungsweise des hiesigen Magistrats, der 800 Wählern auf Grund erhaltener Armenunterstützung das Wahlrecht entzogen und hierzu auch diejenigen hatte rechnen lassen, die nur einmal für sich oder ihre Kinder ärztliche Unterstützung erhalten hatten; selbst Leute, welche die erhaltene Unterstützung wieder zurückgezahlt hatten, um nur nicht das Wahlrecht zu verlieren, waren gefürchtet worden!

Von Seiten der Gegner wurde von den Deutsch-Freisinnigen deren bisheriger Abgeordneter, Eisenbahndirektor Schrader, und

von den vereinigten Konservativen und National-Liberalen der Amtsrichter Rulemann als Kandidat aufgestellt. Das Programm des Letzteren bestand darin, daß man Bismarck unbedingt in Allem folgen müsse. Der Brade kann nicht begreifen, daß man den Reichskanzler nicht aus den Händen trägt und abgöttisch verehrt. In Bekämpfung unserer Partei leistete er das Bemühenmögliche. Die abgedroschensten Phrasen, mit denen man heute selbst alte Weiber nicht mehr grüßelig macht, wärmte er wieder auf. Aber alles Schimpfen hat nichts geholfen, es wurde damit gerade das Gegenteil von dem erzielt, was erzielt werden sollte, das zeigte das Resultat vom 28. Oktober. Vor der Wahl war unfererseits noch ein zweites Flugblatt in Stadt und Land verbreitet worden.

Es erhielten Stimmen:

	Am 27. Oktober 1881			Am 28. Oktober 1884		
	Stadt	Land	Zusammen	Stadt	Land	Zusammen
Bloss	5228	475	5703	5640	1124	6764
Rulemann	2730	4315	7125	2020	4193	6213
Schrader	8798	2084	5882	3224	2015	5239

Wir hatten diesmal 1061 Stimmen mehr auf unsern Kandidaten vereinigt als im Jahre 1881. Hiervon entfielen auf die Landbezirke ein Mehr von 649, und auf die Stadt von 412 Stimmen. Es war somit eine Stichwahl zwischen unserm Kandidaten und dem der Reichsmaschpartei erforderliche, die auf den 14. November festgesetzt wurde.

Noch einmal wurden alle Kräfte angepannt, noch einmal Alles aufgegeben, um zu siegen. Ein weiteres Flugblatt wurde massenhaft verbreitet; besonders wurde das Land und der Herz bedacht. In demselben wurden die Verleumdungen und Schmähungen des Amtsrichters Rulemann kurz und bündig juridischgewiesen. Besonders wurde der Liberalismus des Herrn Rulemann in's rechte Licht gestellt. Am Sonntag Abend vor der Stichwahl fand noch einmal eine von uns einberufene allgemeine Wählerversammlung statt, in der Genosse Bloss referirte. Die Versammlung war von Tausenden besucht, und ebenso viel mußten wieder umkehren. Im Saal und auf den Galerien fanden die Menschen wie gepreßt; seit 1878 hatten wir eine derartige Massenversammlung nicht abgehalten. Der Verlauf derselben war ein ausgezeichneter. Genosse Kolosky sagte noch am Schlusse der Versammlung zu den Anwesenden, man möge am Tage der Stichwahl auf alle die Schimpereien und Verleumdungen unserer Partei die einzig würdige Antwort ertheilen: nämlich unsern Kandidaten B. Bloss wählen. Diese Antwort ist ertheilt und zwar so gründlich, daß unsere Gegner noch lange daran denken werden. Die Freisinnigen empfahlen ihren Wählern, für Rulemann zu stimmen, oder sich der Wahl zu enthalten, aber auf keinen Fall einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Nun, wir hatten deren Stimmen nicht notwendig, wie dies das Wahlergebnis zeigt.

Es wurden Stimmen abgegeben am 14. November:

	Stadt	Land	Zusammen
Bloss	8077	2917	10994
Rulemann	3747	6247	9994

Mit 1000 Stimmen Majorität haben wir gesiegt. Wie man auf den ersten Blick sieht, haben die Freisinnigen auf dem Lande geschlossen für Rulemann gestimmt, während derselbe in der Stadt nur einen geringen Zuwachs erhalten hat. Dagegen sind die Stimmen, die wir mehr erhalten haben, der Opferwilligkeit und der rastlosen Thätigkeit unserer Genossen in Stadt und Land zuzuschreiben. Die Stichwahl fand am Sonntag statt, und als das Wahlergebnis am Sonnabend Abend so weit bekannt war, daß unser Sieg als gesichert gelten konnte, war der Jubel groß. Am Sonntag Morgen wurde schon frühzeitig das Grab Brade's bekränzt. Die Genossen von Wollensbüttel, Schöningen und dem Darg hatten gleichfalls Kränze gesandt. Als wir so am Grabe unseres edlen, leider zu früh dahingegangenen Freundes und Genossen standen, da drängte sich auf den Lippen aller Anwesenden die Worte: hätte dies unser Genosse Brade noch erlebt! Die tiefere Bedeutung und das Verdienst unseres Sieges gebührt ihm. Er hat zuerst hier den rauhen Boden der Unwissenheit und Borntheit bearbeitet, und dem Sozialismus die Wege geebnet, und ebenso wenig seine Gesundheit wie irgend ein materielles Opfer gespart, bis ihn mitten in seinen Wirken der Tod ereilte. Ehre seinem Andenken! Wir aber wollen unentwegt weiter kämpfen, bis an Stelle der jetzigen Gesellschaftsordnung eine bessere und glücklichere tritt, die allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein gewährt.

Da durch unseren schwer errungenen Sieg den Greizer Genossen eine Nachwahl auferlegt wurde, so boten die Genossen Alles an, um dieselben materiell zu unterstützen; zu diesem Zweck wurden innerhalb weniger Tage 200 Mark aufgebracht und nach Greiz abgesandt. B-o.

**Rathenow, im Dezember.** Wir haben lange nichts von uns hören lassen, und man könnte demnach auf den Gedanken kommen, die ganze sozialistische Bewegung sei hier im Sand verlaufen; dem ist jedoch nicht so. Im Gegentheil hat unsere Partei sich sehr gefestigt, denn gegen 112 Stimmen im Jahre 1881 erobert die letzte Wahl 640 (im ganzen Wahlkreis waren es 1881 1400 Stimmen, 1884 aber 3100 Stimmen); ein schöner Aufschwung!

Reichlich gearbeitet haben wir auch. Im Hochsommer tagte am Markgrafenberg bei Rathenow eine zahlreiche Versammlung Brandenburger und Rathenower Genossen und beschloß, den Schriftsteller Hasenkleeber als Kandidaten aufzustellen. Am andern Tage spuckte bereits das rothe Gespenst in der Stadt. Eine sozialdemokratische Versammlung in nächster Nähe der Stadt! Das war unerhört, und manchen guten Spielbürger mag ein gelinder Schauer befallen haben. Natürlich war die schlaue Polizei logisch bei der Hand, verhörete mehrere verdächtige Personen und „enthüllte“ — nichts! Dann kam die eigentliche Wahlbewegung. Eine Versammlung in benachbarten Städtchen Rhinow erregte sich unseres Besuches. Als einer der Anwesenden das Wort verlangte, wurde sie jedoch schleunigst geschlossen. Das freisinnige Komitee verurtheilte. Wir aber fanden Gelegenheit, unter den Zurückgebliebenen Propaganda für unsere Sache zu machen. Rathschloßerweise erhielten wir indeß dort von circa 300 Wählern nur 2 Stimmen. Hoffentlich werden auch dort die Arbeiter bald begreifen, daß nur in der Sozialdemokratie ihr Heil liegt.

Bei einer zweiten Versammlung in R. sprach Herr Ricker. Als ein Genosse das bekannte Verhalten der deutsch-freisinnigen Partei bei der Abstimmung über das Sozialversicherungsgesetz geißelte, entstand, wohl auf Beabredung, ein Tumult. Die Freisinnigen hören es bekanntlich nicht gern, wenn ihnen die Wahrheit gesagt wird. Der Ordnungswächter löste die Versammlung auf.

Eine von uns einberufene Wählerversammlung wurde schon vorher verboten. Die Antwort darauf war die massenhafte Verbreitung von Flugblättern, wobei leider vier Mann arretrirt wurden. Nun, das hindert uns ja nicht, und durch Schaden wird man klug.

Das Versammlungsverbot hatte übrigens noch ein Nachspiel. In dem dazu bestimmten Lokale hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die, auf die Nachricht vom Verbot, ihrer Bestimmung durch Singen der Marschlieder und anderer Lieder sowie durch Hochrufe auf unsere Sache und deren Vorkämpfer Ausdruck gab. Als nun von gewisser Seite der Vorstoß gemacht wurde, auch den Kaiser hoch leben zu lassen, soll einer der Versammelten gesagt haben: „Ja, so dumm!“ (Polizeikommissar Wendler) hat den Thäter benannt. Als Genosse ist uns derselbe nicht bekannt.

Bei den Wahlen sind wir unterlegen. Natürlich sollte es auch diesmal nicht an Wahlbeeinflussungen. Außer dem Verbot der Versammlung haben in den meisten Dörfern Konfiskationen von Stimmgeldern und Flugblättern stattgefunden. Im Dorfe Wögelin soll sogar, leider ist es nicht klar erwiesen, der Kantor als Wahlvorsteher einen sozialistischen Stimmgeld geöffnet und zertrümmert haben. Doch was helfen solche und andere Epitanen gegenüber der Macht der Idee! Mehr als doppelt so stark als 1881 haben wir nach diesem Wahlkampf die Genossenschaft des Sieges im nächsten. Und darum rufen wir allen Genossen zu: Trotz Despoten und Tyrannenlanten, trotz Militär- und Polizeiherrschaft, und endlich trotz den Gefinnungslumpen, die heimlich die Berräther an uns spielen: trotz alledem und alledem, wir werden uns müssen siegen! Nachspiel: Am Todestage Laiffalle's pranzten rote Inchriften an verschiedenen öffentlichen Häusern der Stadt, und am Denkmal des großen Kurfürsten eine rote Flagge. Ein junger Kaufmann wurde dieser Tage in 20 Mark Geldbuße bezwungen verurtheilt. Unsere Polizei ist nämlich furchtbar finstig (die „Rathenower Zeitung“ sagt es, da muß es wahr sein). Der Unglückliche führt einen freireligiösen Namen, folglich neigt er zur Sozialdemokratie, ergo: er ist's gewesen — so hat unser Bürgermeister, vulgo Amtsanwalt, das Urtheil aus einem Haarbüschel herausdemonstrirt. — Wir wissen es besser — ja, — besser! — Bei der Verhandlung trat ein Zeuge auf.

Der Kerl sagte mehr aus als er wußte. Wir empfehlen ihn den Genossen zur Beachtung. Es ist der frühere Agent Wolf.\*

\*) Wir bitten um schnelle Angabe genauester Personalien für die schwarze Liste. Die Redaktion.

### Aufforderung.

Den Steinbrücker Bod, Ausgewiesenen aus Hamburg, fordern wir hierdurch auf, innerhalb der nächsten 4 Wochen vom Datum d. Bl. an uns seine Adresse mitzutheilen. Die Exerfurter Genossen.

### Briefkasten

der Expedition: L. Sch. D.: Nr. 860 Ab. 1. u. 2. Du. erh. — B. G. i. R.: Nr. 10 — Ab. 1. Du. u. Sdg. für Eb. erh. Rech. folgt. Kor. geordn. — Dr. W. G.: Nr. 860 Abon. 1. u. 2. Du. und Nr. 140 pr. Wd. dfo. erh. — J. G. Zug: Nr. 1350 Ab. 4. Du. erh. — R. A. 12 — Nr. 1 — pr. Wd. dfo. erh. — S. P. Hdb.: Nr. 560 Ab. 1. Du. u. Wd. 4. Du. erh. — Sch. D. D.: Nr. 444 Ab. 1. Du. erh. — Remont: Nr. 776 25 durch die „R. P. B. Zug“ Rest des pr. Wd. Gesammelten dfo. erh. — Vina v. G. G.: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Der Alte Lg.: Nr. 1580 Ab. 1. Du. und Schf. erh. Kfr. geordnet. — K. R. Sch. G.: Nr. 430 Ab. 1. Du. erh. — Neu Km. Jgwelt: Nr. 15 — (12 Sch.) erh. u. pr. Ab. bis Ende März 85 u. Schf. G. u. g. u. g. — G. A. W.: Nr. 430 Ab. 1. Du. erh. — F. Titl. Kbd.: Nr. 3 — Ab. 1. Du. erh. — C. F. Wkn.: Nr. 260 f. Schf. erh. — D. B. G.: Nr. 3 — Ab. 1. Du. erh. — Kopiron: Gut. Da müssen wir eben „einräubern“ — C. W. Stghm.: Nr. 860 Ab. 1. Du. u. W. u. G. — St. erh. — G. Jb. Jh.: Nr. 60. C. f. Schf. erh. — Kother Dahn: Nr. 20 — Ab. Rev. u. D. u. d. Cto. erh. Mehrstg. notirt. Alles präzis fort. — S. Kov. London: „Neuerepempel“ hier nicht vorrätig, also in R. J. direkt bestellen. Barum weder Empfangsavis noch H. Rückfda. für Nr. 1? — R. R. G. G.: Nr. 6 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. Kfr. geordnet. — Rebus: Nr. 1875 Ab. 4. Du. u. Schf. u. erh. Kfr. geordnet. — Von der Haupt-Tonau: Nr. 9 — Ab. 1. Du. u. W. 3 — pr. Wd. dfo. erh. Voraustr. getrennt? — Rimmellücke: Nr. 430 Ab. 4. Du. erh. — Tiffimmet: Nr. 410 (statt Nr. 430) Ab. 1. Du. D. erh. Weiteres besorgt. — J. G. St. G.: Nr. 25 — 4 Cto. Ab. u. Schf. erh. — W. Langen-Culle: Nr. 5 — Ab. 4. Du. 84 u. 1. Du. 85 erh. Wd. notirt. — So. Kisteten: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Hbr. J.: Nr. 3 — pr. Wd. dfo. erh. — Ferd.: Nr. 4. d. d. hier. Unklar, wenn die 5 pr. zu belassen. — P. M. Veneto: Nr. 10 — Ab. per 1885, 1 Jahr. erh. — W. Langen Chicago: Nr. 997 pr. Guthn. v. 28/10. d. Wd. dfo. jugen. Mehrstg. ic. folgt. — J. Strauß New-York: Nr. 7594 4 Cto. erh. — Kother Wauwurt: Nr. 1030 Ab. 1. Du. erh. und Nr. 3 — pr. 4. Du. 84. Kfr. geordnet. — W. St. Drieden: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — R. S. Schff.: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — W. A. H.: Nr. 300 — pr. Wd. und Nr. 200 — pr. Wd. dfo. erh. W. Weiteres am 6/1. — Kd. D. G. Ber. Bist.: Nr. 4150 Ab. 4. Du. erh. — J. S. Wisona: Nr. 5 — Ab. 1. u. 2. Du. 85 und Nr. 5 pr. Kof. dfo. erh. — B. D. W.: Nr. 4 — Ab. 1. Du. erh. Keltter noch 30 Pf. — S. R. Witten: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Weidner: Nr. 1085 Ab. 1. Du. u. Schf. erh. Weiteres nach Bericht. — A. Sch. Herdon: 25 Cts. für Geländes. — Dreiein: Nr. 7 20 Ab. 1. Du. u. Schf. erh. Sdg. fort. Nr. 5 — u. H. H. dfo. erh. — Mr. Kfr.: Nr. 8 — Ab. pr. 1885 (1 Jahr) erh. — Stg.: Nr. 35 — Ab. Kov. u. Nr. 24 — Ab. Ws. durch R. erh. — Gracchus: Nr. 300 — 4 Cto. Ab. u. erh. G. r. notirt. — Wd. G. H. G.: Nr. 1165 für Bilder u. Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Pantaleon: Nr. 120 — 4 Cto. Ab. erh. Jagelagtes angenehm. — Spigberg: Nr. 55 25 erh. u. Nr. 1760 pr. Wd. 4. Du. u. Schf. geordn. Betr. des Weiteren W. erm. — G. Weiland Rio de Janeiro: Nr. 5 — bis Mitte August erh. W. erhielt Alles rechtzeitig. Bericht willkommen. — D. W. W.: Wd. 2 — Ab. Rest u. Schf. erh. Sdg. fort. — G. T. London: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — W. Kdfr. Wm.: Nr. 215 boar 4 Cto. u. Nr. 1 80 pr. Remitt. erh. Weiteres besorgt. — B. Wkn.: Nr. 450 Ab. 1. Du. u. Schf. erh. Nr. 265 pr. Wd. dfo. erh. — J. M. Malta: Nr. 4 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. — S. Kdfr. R. J.: Nr. 7595 4 Cto. erh. — Karus: Nr. 437 Ab. Rest bis Ende 84 u. Schf. erh. — Dr. H. H. J.: Nr. 3 — Ab. 1. Du. erh. Ordre besorgt. — Ein Kother St.: Siehe C. W. Bist. — M. H. Wd.: Nr. 430 Ab. 1. Du. erh. — R. R. Drg.: Nr. 8 — Ab. 1. Du. u. R. erh. — R. Kd.: Nr. 115 40 Ab. 2. Du. erh. Wd. am 5. 1. mehr. — R. R. Nicolopano: Nr. 220 Ab. pr. 4. Du. erh. Ihnen gut 50 Cts. pr. 1. Du. — A. Tann-Ostraf: Nr. 40 — 5 Abon. pr. 1885 erhalten. — Tullingen: Ihr Posthalter ist ein Teufelskerl, aber der Dichter Sch. i. in „Gränzbate 301“ verdient Anerkennung. Sein Bismarck-Jammertied geht übrigens nach der Melodie: „Käsemäier hieß der Arme, värgig Weiserliche in der Bru-a-u-u-huff!“ u. Weiserlich singt es ein National-Liberaler im Reichstag vor der dritten Abstimmung zur „Reibenbekehrung“ vor! „Aber ach! wie kann's im Reichstag so weit kommen, Wegen einem bloßen Dienstgehalt!“ 19 Strophen — das muß jenen! — Die allseitig entbotenen Neujahrsglätze und Wünsche für unsere Sache erwidern und theilen wir bestens! Glück auf zu 1885!

### Unsern Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntnis, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme sofort nach Ausgabe von Nr. 3 erheben werden, sofern die betreffenden Abonnementsbeträge nicht schon eingefandt wurden.

### Zur Beachtung.

Da in Darmstadt ein Herr Philipp Müller wohnt, so wolle man, um Weitläufigkeiten zu beugen, Briefe an mich entweder mit dem Zusatz „Bildhauer“ oder aber Gastwirth „zum Schirm“ adressiren. [100] Darmstadt, im Januar 1885. Th. Müller, Bildhauer.

**Basel** Abonnements auf den „Sozialdemokrat“ werden entgegen genommen: K. Wülfert, Harbichstraße 129, Aug. Kiegl, Wirth an der Rebgasse.

**Zu kaufen gesucht:** Nr. 4, 5, 6 und 10 vom „Sozialdemokrat“ 1879. Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

**Zürich** Samstag, 10. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im oberen Saale des Restaurant Wülfert, Rennweg: **Versammlung der deutschen Sozialisten.** Tagesordnung: Die Dampfersubventionvorlage. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Sozialausfluß.

Schweizerische Genossenschafts-Verbands-Zeitung.